

Avanti ²

ISO Rhein-Neckar



24-Stunden-Warnstreik bei John Deere Mannheim, 2. Februar 2018.

Foto: helmut-roos@web.de.

Tarifabschluss Metall- und Elektroindustrie Mit 24-Stunden-Warnstreiks gewonnen?

B. G.

Der legendäre Metallgewerkschaftsführer Willi Bleicher hat einmal gesagt: „10 Pfennig erkämpft sind mehr als 11 Pfennig verhandelt.“ Insofern wäre der Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie als Erfolg zu werten.

Nach Angaben des 1. Vorsitzenden der IG Metall (IGM), Jörg

Hofmann, haben sich rund 1,5 Millionen Beschäftigte an den Warnstreiks und Demonstrationen im Januar und Februar 2018 beteiligt. Allein in Mannheim und Umgebung waren rund 30.000 MetallerInnen aktiv.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
wenn keine Überraschung beim Mitglieder-Votum der SPD geschieht, startet bald die GroKo 4.0. Wir setzen uns kritisch mit ihrem Regierungs-Programm auseinander.

Wir werfen außerdem einen Blick auf das von der IG Metall durchgesetzte Tarifiergebnis in der Metall- und Elektroindustrie.

Zudem beschäftigten wir uns in dieser Ausgabe mit dem Internationalen Frauentag, der Solidarität mit Afrin und erneut mit Karl Marx.

Wir hoffen, dass Euch diese Auswahl gefällt und wünschen viel Freude beim Lesen!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL		KARL MARX 200	
01 IG METALL	Gekämpft und gewonnen?	06 KARL MARX	Welches Menschenbild?
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT		SOLIDARITÄT	
02 TARIFRUNDE M+E	Das Ergebnis	07 AFRIN	„Deutsche Waffen, deutsches Geld ...“
GROKO 4.0		RÜCKBLLENDE / TERMINE	
03 REGIERUNGSPROGRAMM	Für wen? (I)	08 VOR HUNDERT JAHREN	Das Diktat von Brest-Litowsk?
FRAUEN		08 TERMINE	
05 8. MÄRZ	Internationaler Frauentag		

Fortsetzung von Seite 1

Den entscheidenden Druck erzeugten jedoch die 24-Stunden-Warnstreiks mit etwa 500.000 KollegInnen aus rund 280 Betrieben in den Tagen vor dem Tarifabschluss am 6. Februar 2018.

Fakt ist: Das war die größte Tarifbewegung seit 2002. Sie hat

bei den Streikenden die Ahnung von ihrer Gegenmacht bestärkt. Fakt ist aber auch: Die IGM-Führung hat einen Flächenstreik vermieden. Trotz der Rekordgewinne des Kapitals hat sie die Anwendung dieses noch wesentlich wirksameren gewerkschaftlichen Kampfinstruments erneut gescheut. ■

Tarifvertrag Metall und Elektro „Modern und zukunftsweisend?“

H. N.

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, lobte den Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie: „Er ist modern, er ist zukunftsweisend“. Schauen wir doch einmal genauer hin. Auf den ersten Blick ist dies allerdings angesichts des komplexen Abschlusses nicht so einfach.

Der Tarifvertrag gilt für die deutschlandweit rund 3,9 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Seine Laufzeit endet erst am 31. März 2020. Ursprünglich hatte die IG Metall eine Laufzeit von 12 Monaten gefordert. Zwei Jahre herrscht also Ruhe an der „Tariffront“, und es gibt in dieser Zeit keine Gelegenheit, die tarifpolitische Kraft der MetallerInnen in der deutschen Schlüsselbranche zu entfalten.

Entgelterhöhungen

Ab April 2018 erhalten die Beschäftigten 4,3 % mehr Geld plus eine Einmalzahlung von 100 Euro (Auszubildende: 70 Euro) für den Zeitraum von Januar bis März 2018.

Von 2019 an wird außerdem dauerhaft eine neue Lohnkomponente eingeführt - das *tarifliche Zusatzgeld*. Es entspricht 27,5 % eines durchschnittlichen Monatsentgelts und wird jeweils im Juli ausgezahlt. Beschäftigte mit Kindern, pflegebedürftigen Angehörigen oder in Schichtarbeit können das tarifliche Zusatzgeld in acht zusätzliche freie Tage umwandeln, davon werden zwei finanziert vom Unternehmen.

Ebenfalls im Juli 2019 fallen 400 Euro Festbetrag (für Auszubildende: 200 Euro) als soziale Komponente an. Geht es einem Unternehmen jedoch wirtschaftlich schlecht, kann der Festbetrag verringert, die Auszahlung verschoben oder sogar ganz gestrichen werden.

Ab Juli 2020 gibt es dann jährlich für alle Beschäftigten 12,3 % des Eckentgelts (für Auszubildende: 32 bis 29 % davon). Der Festbetrag wächst dadurch bei künftigen Tarifierhöhungen mit.

Flexi-Arbeitszeiten

Alle Vollzeitbeschäftigten haben grundsätzlich ab 2019 das Recht, 6 bis 24 Monate lang ihre Wochenarbeitszeit vorübergehend von 35 auf 28 Stunden zu reduzieren. Die Arbeitszeitverkürzung kann auch länger als zwei Jahre dauern, da sie wiederholt werden darf. Allerdings müssen bestimmte Mindestvoraussetzungen erfüllt werden (Kindesalter, Pflegegrad von Angehörigen, Dauer der Schichtarbeit, Betriebszugehörigkeit).

Ein Unternehmen kann den grundsätzliche Anspruch auf 28 Wochenstunden verweigern. Etwa wenn mehr als zehn Prozent der Beschäftigten ihre Arbeitszeit vorübergehend verkürzen wollen, bereits 18 Prozent in Teilzeit (alt und neu) arbeiten oder

wenn die betreffenden KollegInnen über „Schlüsselqualifikationen“ verfügen.

Zudem können die Kapitalisten die Quote der Beschäftigten mit 40 Wochenstunden von 18 auf 30 Prozent erhöhen - zum Beispiel bei betrieblichem „Fachkräftemangel“. In Unternehmen mit vielen hochbezahlten Beschäftigten sind sogar 50 Prozent möglich.

Ferner können Betriebe auch komplett aus dieser Quotenregelung aussteigen und stattdessen ein betriebliches Arbeitszeitvolumens einführen. Es wird berechnet aus der Anzahl der Beschäftigten mal 35,9 Wochenstunden. Ein Unternehmen darf also beliebig viele „40-Stünder“ haben, solange das Arbeitszeitvolumen insgesamt nicht überschritten wird.

Ein Fazit

Die Kapitalisten haben mit einer harten Verhandlungstaktik und juristischen Angriffen auf die IG Metall versucht, deren Kampffähigkeit auszuloten. Erst unter dem Druck der 24-Stunden-Warnstreiks vor dem 6. Februar, die einige Teile des Gewerkschaftsapparats vermeiden wollten, haben sie eingelenkt.

Die IGM-Führung hat die glänzende wirtschaftliche Lage der Metall- und Elektrobranche nicht konsequent zur Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten genutzt.

Pro Jahr ergibt der Abschluss eine Erhöhung der Entgelte um etwa 3,5 %. Das deckt lediglich die Teuerungsrate und einen Teil des Produktivitätszuwachses ab. Der faktische Verzicht auf vollen Lohnausgleich bei Verkürzung der Arbeitszeit und die Öffnung der Wochenarbeitszeit nach oben sind völlig falsche Schritte. Unakzeptabel ist außerdem, dass die 35-Stundenwoche für die KollegInnen in Ostdeutschland nach wie vor nicht gilt.

Es ist extrem problematisch, dass die Mehrheit der Gewerkschaftsspitze immer noch keine tauglichen Antworten auf zentrale strategische Herausforderungen gefunden hat. Elektromobilität, Digitalisierung, „Diktatur der Zahlen“, Tariffucht, Prekarität – das Profil des Kapitalismus wird brutaler – selbst ohne neue Wirtschaftskrise.

Wäre es nicht sehr blauäugig, angesichts dieser Themen auf die Perspektive einer massiven Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich verzichten zu wollen? ■

GroKo 4.0

Was nun?

O. T.

Maßgebliche prokapitalistische Kreise haben nach dem Scheitern der „Jamaica“-Verhandlungen eine weitere GroKo propagiert und durchgesetzt. Am 23.02.2018 fand deshalb unser monatlicher ISO-Informations- und Diskussionsabend zum Thema „GroKo 4.0 - was nun?“ statt.

Was steht nun im ausgehandelten Koalitionsvertrag? Unser Referent versuchte, Antworten auf diese Frage zu geben. Wir geben wesentliche Auszüge seiner Ausführungen wieder.

Grundlage der neuen GroKo ist der von CDU/CSU und SPD vorgelegte Koalitionsvertrag. Allerdings ist allein aus diesem Text die vorgesehene Politik der Bundesregierung bis 2021 nicht ausreichend zu beurteilen. Es gilt auch das zu beachten, was nicht darinsteht.

Eine Abkehr von der bisherigen Politik der Umverteilung von unten nach oben findet jedenfalls nicht statt. Vielfach sind sogar Verschlechterungen gegenüber dem Koalitionsvertrag von 2013 festzustellen – zum Beispiel in der Asyl-, der Klima- und der Umweltpolitik.

Die SPD-Führung hat nicht einmal die drei Mindestforderungen durchgesetzt, die der Sonderparteitag beschlossen hatte: Begrenzung befristeter Arbeitsverhältnisse, Gleichstellung von KassenpatientInnen und Ausweitung der Härtefallregelun-



Foto: helmut-roos@web.de.

gen beim Familiennachzug. Außer ein paar Regierungsposten hat sie inhaltlich wenig durchsetzen können. Höchstens das Recht auf Rückkehr in Vollzeit kann sie als Erfolg anführen.

Hintergrund ist die Wahlniederlage der drei Koalitionsparteien am 24. September 2017. Diese hat ihre Ursache in einem Rechtsruck von Teilen der Gesellschaft und der Parteien als Folge der „Finanzkrise“ von 2008 und der Fluchtsituation 2015. Die AfD konnte erstmals in den Bundestag einziehen und dort auf Anhieb drittstärkste Kraft werden. Seither treibt sie die bürgerlichen Parteien vor sich her.

Die gleichzeitige geringere Bewegung anderer Kreise nach links, hat sich dagegen kaum auf Wahlebene niedergeschlagen. Die Linkspartei konnte keine größeren Zugewinne verzeichnen.

Vor dem Hintergrund der Landtagswahlen 2018 in Bayern ist die CSU in den Koalitionsverhandlungen und schon vorher in der Asylpolitik als Scharfmacherin aufgetreten. Sie hat sich von allen GroKo-Parteien am klarsten durchgesetzt, weil sie ihre Wählerklientel mit der Ablehnung von geflüchteten Menschen am deutlichsten bedienen konnte.

Was sind die Vorhaben der GroKo im Einzelnen?

• Asyl- und Flüchtlingspolitik

Eine Obergrenze soll eingeführt werden (180.000 - 220.000 ZuwandererInnen - inklusive Kriegsflüchtlinge, vorübergehend Schutzbedürftige, FamiliennachzüglerInnen, abzüglich Rückführungen und freiwilligen Ausreisen künftiger Flüchtlinge und ohne Erwerbsmigration).

Zwar ist diese Grenze rechtlich nicht bindend, aber der Koalitionsvertrag setzt auf Abschottung, Abschreckung und Abschiebung, um die Zahlen einzuhalten. Die Maßnahmen auf EU-Ebene tun ihr übriges. Die Familienzusammenführung für „subsidiär Geschützte“ (Menschen mit Abschiebeschutz), bleibt ausgesetzt bis zum 1. August 2018. Danach ist der Zuzug auf 1.000 Personen im Monat begrenzt, nach welchen Kriterien sie ausgesucht werden, ist unklar.

Der Koalitionsvertrag bestätigt ausdrücklich das sogenannte Dublin-Verfahren (das Ersteinreiseland ist für Geflüchtete zuständig). Volle Sozialleistungen gibt es nur im zugewiesenen EU-

Mitgliedstaat. Für Hochqualifizierte, die das Kapital hier auf dem Arbeitsmarkt benötigt, soll es ein getrenntes Gesetz geben.

Zwar sollen langjährig Geduldete, für die eine „dauerhafte Bleibeperspektive“ angenommen wird, einen besseren Zugang zu Ausbildung und Arbeit bekommen. Aber alle Integrationsmaßnahmen werden durch die Pflicht ausgehebelt, AsylbewerberInnen in der Regel bis zu 18 Monate in „AnKER-Einrichtungen“ unterzubringen. Dort werden sie nicht nur materiell äußerst begrenzten Bedingungen ausgesetzt, sondern auch vom normalen gesellschaftlichen Leben isoliert.

AnKER-Einrichtungen sind zentrale Einrichtungen, in denen die Identität und das Alter der Geflüchteten festgestellt und sowohl über die Aufnahme, die Verteilung als auch über die Ausweisung entschieden wird.

Der Aufenthalt dort soll nicht länger als 18 Monate dauern, bei Familien mit minderjährigen Kindern 6 Monate. Nur Asylsuchende mit „guter Bleibeperspektive“ werden auf die Kommunen verteilt, die anderen werden abgeschoben. Die Voraussetzungen für Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam werden gesenkt. Die Liste der „sicheren Herkunftsländer“ wird um die nordafrikanischen Staaten (ohne Libyen) erweitert.

• Gesundheitspolitik

Ihre ursprüngliche Forderung nach einer Bürgerversicherung hat die SPD fallengelassen. Selbst die Angleichung der Ärzthonorare in der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung – die nach den Sonderungsgesprächen noch vorgesehen war – ist jetzt lediglich einer Kommission zwecks Prüfung übertragen worden.

• Pflege

Lediglich 8.000 Pflegekräfte sollen neu eingestellt werden. Bei 13.000 stationären Pflegeeinrichtungen ist das für jedes Haus nicht mal eine Kraft mehr. Der Mindestbedarf beträgt jedoch 100.000 zusätzliche Beschäftigte bei Pflegekräften in den Krankenhäusern und 40.000 in der Altenpflege.

Nach Aussagen aus Kreisen des Pflegepersonals sind nicht nur der zusätzliche Personalbedarf spürbar, sondern auch die belastenden Arbeitsbedingungen – die meisten KollegInnen geben nach zehn Jahren ihren Beruf auf.

Einziger Lichtblick: Auch für Krankenhäuser soll es jetzt einen Personalschlüssel für eine Mindestpersonalbesetzung geben.

• Umwelt- und Klimapolitik

Das Klimaziel, 40 Prozent der CO₂-Emissionen bis 2020 einzusparen, wurde aufgegeben. Für das geplante Reduktionsziel von 55 Prozent bis 2030 sind keine konkreten Maßnahmen vorgesehen. Zwar wird erstmals in diesem Koalitionsvertrag die Notwendigkeit betont, aus der Kohleverstromung auszusteigen, doch einen Fahrplan dafür gibt es nicht. Nicht einmal auf die Abschaltung der schmutzigsten Kraftwerke konnten sich die GroKo-Parteien einigen.

Der Atomausstieg soll nicht weiter forciert werden. Selbst das unsicherste AKW, der Block C von Gundremmingen, darf noch vier Jahre am Netz bleiben. Auch die Urananreicherungsanlage Gronau soll weiter betrieben werden.

Mit dem Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat läuft es ähnlich: Sein Einsatz soll zwar „so schnell wie möglich“ beendet werden, aber ein Ausstiegsdatum gibt es nicht. Somit lässt sich auch nicht das Insektensterben stoppen, wie der Vertrag es verspricht.

[Teil II folgt in der April-Ausgabe von *Avanti*².]

■



Grafik: *Avanti*².

Internationaler Frauentag am 8. März

„Brot und Rosen!“

H. H./L. M./M. G.

Eigentlich ist alles klar. Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Zumindest laut Artikel 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Dort heißt es nämlich:

„(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes [...] benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Schön wäre es! Noch immer erhalten in Deutschland Frauen durchschnittlich 20 % weniger Entgelt als Männer. Sie haben häufig ungesicherte, schlecht bezahlte (Teilzeit-) Jobs. Viele arbeiten in unterbezahlten „Frauenberufen“.

Oft führen Frauen neben ihrem Beruf den Haushalt, erziehen die Kinder, kümmern sich um kranke oder betagte Angehörige.

Frauen haben es – gerade als Alleinerziehende – schwer, private Altersvorsorge zu treffen. So sind sie überdurchschnittlich häufig von Altersarmut betroffen.

In Krisenzeiten sind Frauen die ersten, die zurückstecken sollen. Rechte Kräfte greifen die erkämpften Erfolge in Richtung Gleichberechtigung heute frontal an. Und noch immer sind Frauen sexueller Gewalt am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum und in den Medien ausgesetzt.

Im Arbeitsleben würde es vielen Frauen helfen – und nicht nur ihnen, sondern auch Männern –, wenn die „Normalarbeitszeit“ 6 Stunden am Tag oder 30 Stunden in der Woche wären. Dann wäre die 30-Stundenwoche Grundlage für ein Normalarbeitsverhältnis, das anstelle prekärer Jobs treten würde. Das würde sich positiv auf die Gesundheit, das Entgelt, die berufliche Qualifizierung, die fachliche Weiterentwicklung sowie die Rente auswirken.

Selbst der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung von 2012 sagt, dass die 30-Stundenwoche als Normalarbeitsverhältnis unabdingbar ist für eine gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter am gesellschaftlichen Leben. ■



Warnstreik am Uni-Klinikum Heidelberg, 25. Januar 2018.

Foto: Avanti².

Die Ziele, für die Frauen seit mehr als hundert Jahren kämpfen, sind längst nicht erreicht. Wir fordern deshalb:

- **Gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben und an politischen Entscheidungen!**
- **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!**
- **Existenzsichernde Löhne!**
- **Existenzsichernde Renten!**
- **30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Ein selbstbestimmtes Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung!**

Karl Marx wird 200 (Teil II)

Ein bestimmtes Menschenbild

MANUEL KELLNER

Jedwede Auflehnung gegen Unterdrückung wäre sinnlos, wenn das Bedürfnis, andere Menschen auszubeuten dem Menschsein wesentlich zugehörte. Ein anderes Menschenbild ist vorausgesetzt, um sich über Verhältnisse zu empören, in denen Menschen einander bekämpfen, bekriegen, versklaven und ausnutzen.

Für den Philosophen Ludwig Feuerbach war der Mensch grundlegend gut. Auch wenn er böse ist, handelt er doch gegen das, was er selbst für gut hält: Heuchelei ist darum die Verbeugung des Lasters vor der Tugend. Für Karl Marx hingegen sind die Menschen zu allem fähig, im Guten wie im Schlechten: Sie brauchen menschliche Verhältnisse um sich menschlich zu verhalten.

Mit dem Aufkommen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die den einzelnen Menschen Berufe zuweist und sie damit lebenslanglich an die Ausübung einer ganz bestimmten Art von Tätigkeit kettet, beginnt für Karl Marx die Entfremdung:

„Sowie nämlich die Arbeit verteilt zu werden anfängt, hat Jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muss es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will – während in der kommunistischen Gesellschaft, wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (MEW 3, *Die deutsche Ideologie*, S. 33.)

Die Freien der griechischen Stadtstaaten trieben Politik, Philosophie, Künste und Sport. Sie betätigten ihre körperlichen und geistigen Kräfte um glücklich zu sein. Materielle Grundlage dafür war die Arbeit der Sklaven. In den späteren Klassengesellschaften waren die Produzentinnen und Produzenten ebenfalls von den „höheren“ Tätigkeiten ausgeschlossen.

Karl Marx Vorstellung von einer kommunistischen Gesellschaft sah die freie Entfaltung der menschlichen Anlagen für alle

Mitglieder der Gesellschaft vor. Dafür ist ein hohes Niveau der Arbeitsproduktivität nötig, um die Arbeitszeit radikal zu verkürzen. Frei verfügbare Zeit betrachtete Marx als den „eigentlichen Reichtum“.

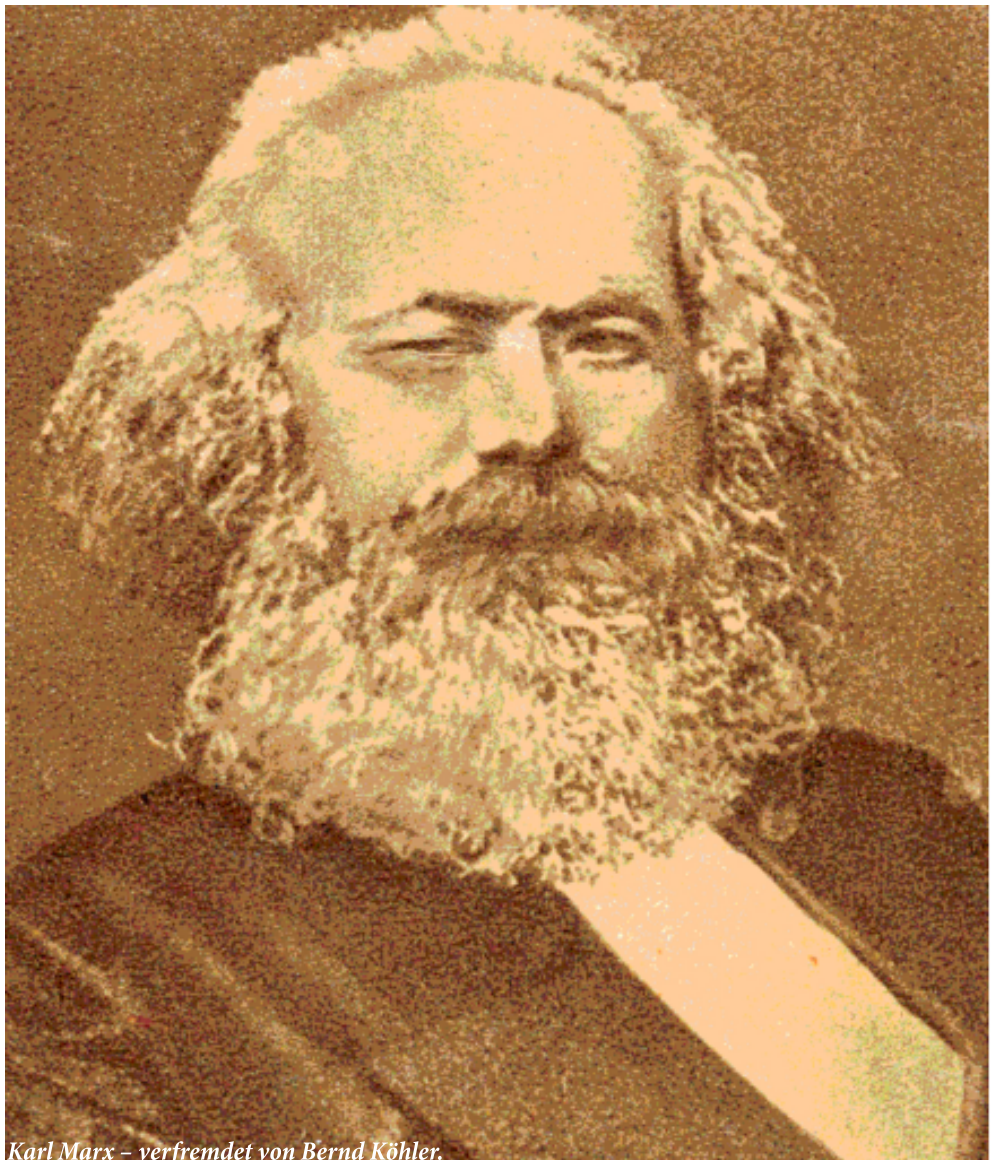
„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.“ (MEW 25, *Das Kapital*, Bd. 3, S. 873.)

Wo die kreative Tätigkeit Selbstzweck ist, entwickelt sich die eigentliche menschliche Produktivität. Die verbleibende Pflichtarbeit, aufgeteilt auf alle arbeitsfähigen Menschen, so sehr sie auch „humanisiert“ wird, kann hingegen nie als wirklich freie Betätigung empfunden werden. Wenn die – ihrer Natur

nach begrenzten – materiellen Bedürfnisse für alle reichlich befriedigt werden, verlagert sich die menschliche Tätigkeit und Bedürfnisstruktur weg von der Produktion von Sachen.

Im „*Kommunistischen Manifest*“ heißt es: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (MEW 4, *Manifest der Kommunistische Partei*, S. 482.)

Woher wissen wir von der Produktivität der freien Selbstentfaltung und dem Glück, das sie verschafft? Von der Selbstvergessenheit eines Kinds im Spiel und von Erwachsenen, die voller Elan ihrem liebsten Hobby nachgehen. ■



Karl Marx – verfremdet von Bernd Köhler.

Nein zum Krieg! Rüstungsexporte an die Türkei stoppen! Solidarität mit Afrin!

L. K.

So lautete das Motto der Demonstration am 24. Februar 2018 in Mannheim. Ein Bündnis von 28 Initiativen, Organisationen und Parteien aus der Region, darunter auch die ISO/IV. Internationale, hatte dazu aufgerufen.

Laut Angaben der VeranstalterInnen beteiligten sich rund 800 Menschen an dem Protestzug, der von den Behörden nur unter strengen Auflagen (u.a. Fahnenverbote) genehmigt worden war. Rund 400 PolizistInnen waren im

Einsatz.

GenossInnen der ISO verteilten auf der Demo ein Flugblatt mit der Überschrift „Fluchtursachen - Deutsche Waffen, deutsches Geld...“. Den Text geben wir im Folgenden wieder:

Fluchtursachen - „Deutsche Waffen, deutsches Geld...“

Nein

- zur GroKo-Kumpanei mit Erdogans Regime
- zu den Waffenexporten
- zum Krieg in Syrien (350.000 Tote, 5.500.000 Geflüchtete)!

Ja

- ✓ zum zivilen Umbau der Kriegsindustrie
- ✓ zur Solidarität mit Afrin!

Über 350.000 Menschen sind dem Gemetzel in Syrien bisher schon zum Opfer gefallen, 5,5 Millionen geflüchtet.

Die Militäroffensive der Türkei und ihrer islamistischen Hilfstruppen gegen Afrin ist eine neue Stufe der Eskalation.

Dieser völkerrechtswidrige Überfall soll sowohl das Selbstbestimmungsrecht der KurdInnen unterdrücken als auch das korrupte Regime Erdogans stärken.

Skandalös ist die Komplizenschaft der Bundesregierung mit der Erdogan-Clique. Die Genehmigung deutscher Waffenexporte ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Sie unterstützt den Krieg gegen die Bevölkerung in Afrin.

Der Aggressor Türkei verfügt über zahlloses Kriegsgerät aus deutscher Produktion, das auch gegen Afrin eingesetzt wird. Schusswaffen von Heckler & Koch, Militär-LKW von Daimler und MAN, Panzerhaubitzen und Leopard-2-Panzer von Kraus-Maffei-Wegmann und Rheinmetall.

Ersatzteile, Wartung und Funktionieren der Panzer werden von deutschen Firmen (u.a. MTU) sichergestellt. Erst jüngst hat die GroKo eine moderne „Schutzausrüstung“ für diese Kriegsgeräte genehmigt. Eine deutsch-türkische Panzerfabrik ist in Planung.

Die Lizenzproduktion deutscher Waffen reicht von Munition bis hin zu Kriegsschiffen. Mit maßgeblicher Unterstützung durch die Bundesregierung ist die türkische Armee zu einer starken Militärmacht aufgerüstet worden. Diese Mordskumpanei muss gestoppt werden.

Statt kurdischer Flaggen müssen deutsche Waffenexporte verboten werden! Das kann nur durch den Aufbau einer starken Antikriegsbewegung durchgesetzt werden.

Gemeinsam mit Gewerkschaften wie der IG Metall muss sie sich konsequent für den Umbau der Kriegsindustrie einsetzen: „Schwerter zu Pflugscharen!“

Internationale Sozialistische Organisation / IV. Internationale

ISO Rhein-Neckar, PF 10 26 10, 68026 MA, Tel./Fax: 0621/156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de, Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de

WSdP: ISO, 68026 MA (24.02.2018)



Auftakt der Mannheimer Demo „Nein zum Krieg!“, 24. Februar 2018.

Foto: Avanti².

Vor hundert Jahren: Das Diktat von Brest-Litowsk

H. N.

Am 3. März 1918 wurde in Brest-Litowsk der Friedensvertrag zwischen der revolutionären Sowjetregierung und den reaktionären Mittelmächten Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und Osmanisches Reich geschlossen. Durch die von den Mittelmächten diktierten Vertragsbedingungen verlor Sowjetrußland über 25 % seiner Bevölkerung und rund 27 % seines wirtschaftlich nutzbaren Landes. Diese Festlegungen waren also wesentlich härter als die des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 für Deutschland. ■



Die sowjetische Delegation in Brest Litowsk, 15. Januar 1918.

Foto: Gemeinfrei.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621/156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de



TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 08.03.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 08.03.2018, 17:30 Uhr, Veranstaltung Internationaler Frauentag, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 08.03.2018, 18:00 Uhr, Veranstaltung Internationaler Frauentag, Friedrich-Ebert-Haus, Pfaffengasse 18, Heidelberg
- SA, 17.03.2018, 10:30 Uhr, 10. Kongress Mannheim gegen Rechts, FORUM, Neckarpromenade 46, MA (Anmeldung bis 09.03.2018 erforderlich)
- DO, 22.03.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 23.03.2018, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- DI, 27.03.2018, 19:00 Uhr, Vorbereitungstreffen „Marx 200“, Volkshaus Neckarau